

EING. 10. DEZ. 1949

OLDENBURG (OLDDB)

./.. Groten

An das

Schwurgericht

bei dem Landgericht

- 9 Ks 25/49 -

Oldenburg (Oldb)

In der Strafsache

gegen Theo. Groten

wegen Mordes

beantrage ich,

1. das Urteil des Schwurgerichts vom 29.10.49 nebst den zugrundeliegenden Tatsachenfeststellungen aufzuheben,
2. das Verfahren zur erneuten Verhandlung an das Gericht 1. Instanz zurückzuverweisen.

Begründung:

Gerügt wird die Verletzung materiellen und prozessualen Rechts. In dieser Hinsicht wird folgendes vorgetragen:

I.
Verletzt erscheint zunächst die Bestimmung des § 245 StPO. durch Nichtanwendung.

Nach dieser Bestimmung ist das Gericht verpflichtet, von Amts wegen alles zu tun, was zur Erforschung der Wahrheit notwendig ist. Das Gericht hat den Antrag, den der Angeklagte (nicht die Verteidigung) gestellt hatte, die Leiche Eggerstedts zu obduzieren, mit unzureichender Begründung abgelehnt. Das Gericht hätte auch ohne einen derartigen Antrag die Obduktion anordnen müssen, weil durch die Beweisaufnahme nicht einwandfrei geklärt worden ist, was für Verletzungen Eggerstedt durch den Gewehrschuß des Angeklagten erlitten hat. Der Sachverständige hat zwar in der Haupt-

verhandlung erklärt, daß nach 16 Jahren die Weichteile der Leiche voraussichtlich derart verwest seien, daß keine Feststellungen mehr getroffen werden könnten.

Er hat aber gleichzeitig erklärt, daß es Fälle gäbe, in denen durch die besondere Eigenschaft der umgebenden Erde Leichen auch nach derartigen Zeiträumen noch gut erhalten seien. Ob derartige Umstände im vorliegenden Falle vorlagen oder nicht, hätte sich nur feststellen lassen, wenn die Leiche tatsächlich exhumiert worden wäre.

In der Sitzung

Der Angeklagte hat stets behauptet, daß Eggerstedt auf der Vorderseite einen sehr großen Ausschuss gehabt habe, aus dem größere Menge Lunge und Leber heraustraten war. Ein derartiger Ausschuss ist nur wahrscheinlich, wenn das Geschoss im Körper Knochen berührt hat und dadurch entweder sich quer gestellt hat oder zersplittert worden ist. Ist dies aber der Fall, so würde, selbst wenn die Weichteile verwest sind, die Knochenzersplitterung bzw. der Knochendurchschuß sich auch heute noch feststellen lassen. Damit war dem Gericht ein Mittel in die Hand gegeben worden, um die Wahrheit der Aussagen der angeblichen Tatzeugen zu überprüfen. Sämtliche Tatzeugen haben nämlich angegeben, daß sich der Angeklagte zur Zeit des Schusses links von Eggerstedt befunden habe. Infolgedessen hätte der Schuß links in den Körper eindringen müssen und ihn rechts verlassen müssen. Nach der Einlassung des Angeklagten, die er vom ersten Augenblick an gegeben hat, muß aber der Schuß auf eine Entfernung von etwa 100 m abgegeben worden sein und Eggerstedt von hinten rechts getroffen haben. Der Angeklagte hatte ursprünglich angegeben, daß der Ausschuss links vorne gewesen sei. Nachdem er von dem Sachverständigen belehrt worden war, daß die Leber rechts liege, hatte er erklärt, dann müsse der Ausschuss vorne rechts gewesen sein, da er Leberteil gesehen habe. Dieser Irrtum in seiner Aussage sei eben darauf zurückzuführen,

daß er Eggerstedt ja umgedreht habe, um festzustellen, ob er tot sei und was er für Verletzungen gehabt habe. Dabei könne naturgemäß in der Aufregung die Vorerwähnte Verwechslung passiert sein. Stellt sich heraus, daß der Einschuß und der Ausschuß rechts gewesen sind oder auch nur, daß der Einschuß rechts gewesen ist, so ergibt sich, daß die Aussagen der Tatzeugen in einem entscheidenden Punkte falsch sein müssen, denn es ist ausgeschlossen, daß der Schuß Grotes den Eggerstedt rechts treffen konnte, wenn er nach den Aussagen sämtlicher Zeugen links von ihm stand. Die Unterschiede von Ein- und Ausschußwürden, selbst wenn lediglich die Knochen erhalten sind, ohne weiteres möglich sein, da ja bekanntlich der Einschuß in einem Knochen lediglich kalibergroß zu sein pflegt, wohingegen der Ausschuß normalerweise größer ist, insbesondere, wenn das Geschloß innerhalb des Körpers sich entweder quer gestellt hat oder Knochen berührt hat.

II.

In diesem Zusammenhang scheint es erforderlich, auf die starken Widersprüche einzugehen, die bei den Aussagen der angeblichen Tatzeugen bestehen. Diese Widersprüche beziehen sich auf die Fragen, ob Eggerstedt allein mit einem anderen den Baumstamm getragen hat, oder ob es drei oder vier Träger waren und wo gegebenenfalls Eggerstedt, falls es mehrere waren, den Baumstamm getragen hat, ob am Anfang, in der Mitte oder am Ende. Es handelt sich hierbei zwar um reine Tatsachenfeststellungen, jedoch hätten diese nicht geklärten Widersprüche, mit denen sich das Gericht in seiner Urteilsfindung nicht genügend auseinandergesetzt hat, dem Gericht Veranlassung sein müssen, auf alle Fälle von sich aus, auch ohne einen Antrag des Angeklagten oder der Staatsanwaltschaft, die Obduktion der Leiche durchzuführen. In dieser Hinsicht wird folgendes angeführt.

Es ist selbstverständlich, daß die Rekonstruktion einer Tat, die vor nunmehr 16 Jahren passiert ist, an das Gedächtnis der Zeugen außerordentliche Ansprüche stellt und daß infolgedessen gewisse Widersprüche unvermeidlich sind. M.E. dürften diese Widersprüche sich aber nicht auf die entscheidenden Tatumstände beziehen, wenn diese Aussagen eine einwandfreie Grundlage für das Urteil bilden sollen. Bei den Aussagen der Belastungszeugen sind aber fast zu jedem wichtigen Punkte ganz entscheidende Widersprüche vorhanden, die sich nicht einfach durch das mangelnde Erinnerungsvermögen der Zeugen erklären lassen. Es bestehen ferner ganz auffallende Unterschiede zwischen den polizeilichen Aussagen der einzelnen Belastungszeugen und ihren Schilderungen in der Hauptverhandlung.

Wittner z.B. hat in der polizeilichen Vernehmung vom März 1947 bezüglich der Umstände bei der Erschießung wörtlich folgendes bekundet:

"Uns beiden - nämlich E. und ihm - wurde ein Baumstamm aufgebürdet, welcher etwa 7-8 m lang war und zu zweien kaum zu tragen war. Ich selbst fand es eigenartig, daß wir diesen Baum nur zu zweien tragen sollten, während sonst gewöhnlich mehr Mann an diesem Stamm trugen. Ich befand mich vor während E. hinter mir war. Plötzlich fiel ein Schuß und der hinter mir gehende E. fiel mit dem hinteren Teil des Baumstammes zur Erde."

Er erklärte also in dieser polizeilichen Vernehmung ganz eindeutig, daß er den Baumstamm zu zweien getragen habe und zwar E. hinter ihm. Dieser Umstand, daß er den Baumstamm nur zu zweien tragen sollte, erschien ihm derart wichtig, daß er hierzu noch besondere Ausführungen machte. Diese Schilderung muß er auch früher stets gemacht haben, denn der Zeuge Kukischinski, der die Tat nur nach den Erzählungen des Wittner kennt, bekundete in seiner polizeilichen Vernehmung vom 7.2.1947 ebenfalls, daß Wittner mit E. zusammen einen Baumstamm tragen sollte, wobei E. hinter ihm ging. Diese beiden Darstellungen decken sich also völlig.

27

In der Hauptverhandlung erklärte nunmehr der weitere Tatzeuge Heck, es seien vier Mann mit diesem Baum beschäftigt gewesen, nämlich außer ihm selbst noch Martin, Wittner, und E. und zwar dergestalt, daß E. als dritter ging.

Brinkmann sprach in seiner polizeilichen Vernehmung ebenfalls von vier Trägern. E. sei vorne gegangen. In der Hauptverhandlung sprach er von drei Trägern. E. sei an einem Ende gegangen. Onken schließlich sprach von drei oder vier Trägern, unter denen E. aber nicht an einem Ende gewesen wäre. In der Hauptverhandlung hat Onken darüber noch längere Ausführungen gemacht, daß Wittner erklärt habe, daß er am hinteren Ende gewesen sei, und daß es Wittner aufgefallen sei, daß E. als Größter in der Mitte gehen sollte. Wittner habe noch die Schulter hochheben müssen, um mittragen zu können. Scharlemann spricht ebenfalls von vier, Brahmer von drei Trägern.

Übersieht man diese Zeugenaussagen, so ist es außerordentlich auffällig, daß Wittner zunächst eine ganz klare Schilderung dahin gibt, daß der Baum nur zu zwei Mann getragen worden sei, wobei E. hinten gegangen sei. Diese Darstellung hat er auch seinerzeit im Lager gegeben, wie die Aussage Zukischinski beweist. Warum hat denn der Zeuge Wittner diese Darstellung plötzlich geändert, als ihm in der Hauptverhandlung hier die Aussage Heck und Brinkmann vorgehalten wurden, daß es vier gewesen seien? Er erklärte, daß er sich nunmehr erinnere, daß noch zwei hinzugekommen wären. Wittner hat bei seiner polizeilichen Vernehmung, als er die Aussage Heck und Brinkmann noch nicht kannte, aber gerade großen Wert darauf gelegt, daß er den Baumstamm nur zu zweien habe tragen sollen und auf diesen Punkt extra hingewiesen. Es erscheint daher mindestens auffällig, daß er sich derartig geirrt haben soll. Ebenso widersprechen sich die

Brinkmann gaben von vornherein eine etwa 100 m von dem äußeren Wachturm des Lagers III abliegende Stelle - also eine viel weiter entfernte Stelle - als Arbeitsplatz an, wie sie diese auch bei dem Lokaltermin zeigten.

Völlig unverständlich ist es aber, daß die Aussagen der Zeugen über die Frage, ob E. auf der Stelle tot war oder ob er erst am nächsten Tage infolge von Mißhandlungen im Revier gestorben ist, völlig auseinander gehen. Vier von den hier vernommenen Zeugen haben eine Eingabe von Oktober 1947 unterschrieben, in der es wörtlich heißt: "E. wurde auf bestialische Weise angeschossen. Er wurde ins Krankenrevier gebracht und dort solange mißhandelt, bis er dann einen Tag danach verstarb. Heck hat entsprechend dieser Schilderungen ausdrücklich erklärt, daß er mit E. noch nach seiner Einlieferung in die Sanitätsbaracke gesprochen habe und er mindestens das Wort Mutter verstanden habe. Diese Erklärung hat er mit genau der gleichen Bestimmtheit, wie er seine anderen belastenden Angaben gemacht hat, auch in der Hauptverhandlung trotz aller Vorhalte aufrechterhalten.

Ganz augenscheinlich ist diese Darstellung aber falsch.

Nachdem, was uns der med. Sachverständige gesagt hat, muß E. infolge des Kopfschusses sofort tot gewesen sein. Dieses deckt sich im übrigen völlig mit der Bekundung des Arztes Dr. Zwecker, der den E. zuerst untersucht hat und bereits im Wald draußen den Tod festgestellt hat. Geht man aber davon aus, daß E. nur als Leiche ins Lager gekommen ist, so müssen m.E. die Angaben aller Zeugen, die behaupten haben, daß E. erst am nächsten Tage infolge von Mißhandlungen gestorben sei oder die nachher noch mit E. gesprochen haben wollen, in vollem Umfange als Belastung für Groten ausscheiden. Ich will keineswegs behaupten, daß die Zeugen, die ja ihre Angaben mit Ausnahme von Heck beschworen haben, bewusst die Unwahrheit sagen. Ich nehme

vielmehr an, daß sie sich infolge der lang zurückliegenden Zeit nicht mehr an alle Einzelheiten erinnern können. Stelle ich aber fest, daß ein Zeuge in einem derartig entscheidenden Punkt sich irrt, dann muß ich naturgemäß auch seinen weiteren Angaben die Beweiskraft absprechen, auch wenn ich davon ausgehe, daß die Zeugen selbst den besten Willen haben, die volle Wahrheit zu sagen.

Das Gericht hat demgegenüber einen anderen Weg eingeschlagen und erklärt (Seite 14 des Urteils), daß, soweit offenbare Erinnerungsfehler festgestellt worden seien, z.B. bezüglich der vorerwähnten Aussagen des Zeugen Heck, daß dann die mit solchen Mängeln behafteten Aussagen nur in dem Maße bewertet worden sei, in dem sie durch andere Bekundungen glaubhaft bestätigt worden wäre. M.E. ist das äußerst bedenklich, denn ein Zeuge, der in einem derartig entscheidenden Punkt etwas völlig falsches bekundet und trotz aller Vorhalte bei dieser falschen Bekundung verbleibt, kann überhaupt nicht als glaubwürdig angesehen werden und es geht nicht an, daß man denjenigen Teil der Aussage, der sich mit anderen Bekundungen deckt, als Unterstützung dieser anderen Bekundungen verwertet.

Ich hielt es für erforderlich, diese Dinge ausführlich zu behandeln, obwohl es sich um reine Tatsachenfeststellungen dreht. Diese vielen Widersprüche in den Zeugenaussagen gerade in den entscheidenden Punkten hätten aber, wie erwähnt, das Gericht veranlassen müssen, schon von sich aus die Obduktion der Leiche anzuordnen.

III.

Das Urteil weist auch an anderen Stellen zahllose kleinere Ungenauigkeiten auf. Hiervon sei folgendes erwähnt: Das Gericht spricht auf Seite 13 davon, daß Groten erklärt habe, er habe E. aus einer Entfernung von wenigstens 200 m getroffen und daß dies als ein Zufallstreffer anzusehen sei. Auf Seite 14

Urteil aber, daß er in der Hauptverhandlung am Gerichts-
ort eine Entfernung von 100 m angegeben hat und die
Schußentfernung beim Lokaltermin auf wenigstens 200 m.
Letzteres ist m.E. nicht zutreffend. Der Angeklagte
hat stets von 100 m gesprochen und hat beim Lokaltermin
ausdrücklich erklärt, wie nachher auch auf Seite 11
des Urteils festgestellt, daß er genaue Angaben nicht
mehr machen könne. Im übrigen kann es gar keinem Zwei-
fel unterliegen, daß bei einem geübten Schützen auch
bei einer Entfernung von 200 m das Treffen eines auf-
recht-stehenden Menschen niemals ein Zufallstreffer
darstellt, sondern für jeden geübten Schützen ohne wei-
teres möglich ist.

Auf Seite 2 stellt das Urteil fest, daß der Ange-
klagte sich seit 1934 einer besonders aktiven Betäti-
gung in der NSDAP enthalten habe. Es führt dann weiter
aus, daß der Angeklagte Kriegsdienst nicht geleistet
habe. Auf Seite 20 benutzt es diese Feststellungen, um
zu dem Ergebnis zu kommen, daß der Angeklagte kein Über-
zeugungstäter gewesen sein könne.

In Wirklichkeit hat der Angeklagte sich teils als
Zugführer, teils als Stabschef im SS-Sturm 9/58
betätigt. Erst durch die Verurteilung im Jahre 1942
wurde er aus der Partei und SS ausgeschlossen. Der An-
geklagte war am 1.9.39 zur Wehrmacht einberufen. Da aber
damals eine Bestimmung bestand, daß die Polizeibeamten
nicht in der Wehrmacht verwendet werden sollten, blieb
er zunächst bei der Polizei. Nach seiner Verhaftung
wurde er ^{später} aus der Haft entlassen und war vom Juni
bis November 1942 eingezogen. Auf Grund seines Magen-
leidens wurde er dann am 17.11.42 ausgemustert. Daß er
sich im Jahre 1945 dagegen gestäubt hat, die ihm beim
Volksturm übertragene Aufgabe, ein Dorf mit 20 oder 30
Leuten, die nur mit je einem Gewehr bewaffnet waren,
gegen die anrückenden amerikanischen Panzer zu vertei-
digen, ist nur verständlich und kann nicht gegen den
Angeklagten gewertet werden.

Auf Seite 5 des Urteils wird erwähnt, daß ein SS-Standartenführer Brinkmann die Auserung getan haben soll, der Lump (Eggerstedt) müsse umgebracht werden, der Zeuge Kukischinski hat aber lediglich von einem SS-Truppführer Brinkmann gesprochen.

Die gleichfalls auf Seite 5 wiedergegebene Auserung des Zeugen Martens ist in dieser Form mißverständlich. Beim Lokaltermin hat der Zeuge bekundet, daß der Satz: Es wird Zeit, daß wir ihn umlegen, nicht von dem Angeklagten gekommen sei. Diese Auserung wäre in der Schreibstube gefallen. Er befand sich nach seinen eigenen Angaben außerhalb der Baracke, in der die Schreibstube untergebracht ~~ist~~ war. Das Gericht hat sich aber überhaupt nicht mit der Frage auseinandergesetzt, wie es möglich sein kann, daß ein Mann, der sich außerhalb der Baracke befindet, eine Auserung hört, die in der Schreibstube gefallen ist, denn der Zeuge hat nicht etwa behauptet, daß die Fenster geöffnet gewesen seien.

Auffallend ist auch, daß der Ministerpräsident Lüdemann in seiner ganzen Aussage nichts davon erwähnt, daß Eggerstedt einen Baumstamm tragend erschossen worden ist.

Ich habe diese vorstehend erwähnten Ungenauigkeiten auf ausdrücklichen Wunsch des Angeklagten erwähnt, obwohl es sich um Tatsachenfeststellungen handelt.

IV.

In der damaligen Zeit wurden laufend Schutzhäftlinge entlassen. Wir wissen, daß z.B. aus den Bekundungen des Zeugen Kukischinski, der in seiner Aussage erwähnte, daß er mit anderen Häftlingen zusammen auf der Schreibstube Fahrscheine für zur Entlassung kommende Häftlinge ausgeschrieben habe. Es erscheint daher völlig unsinnig, daß man Eggerstedt in Gegenwart einer ganzen Anzahl von

Schutzhäftlingen erschießt, während er einen Baumstamm trägt. Kein einziger Zeuge hat die Auffassung vertreten, daß Groten von sich aus den Eggerstedt erschossen hat, sondern die Zeugen behaupteten alle, es handele sich um einen von höherer Stelle organisierten Mord. Wenn man einmal als wahr annehmen will, daß von irgendwelcher Seite geplant war, Eggerstedt beiseite zu bringen und daß Groten die Erschiessung vornehmen sollte, so wäre doch das Nächstliegende gewesen, Eggerstedt unter irgendeinem Vorwand, z.B. unter dem Vorwand einer Zeugenvernehmung, auf Transport zu bringen und ihn bei dieser Gelegenheit ohne Gegenwart lästiger Zeugen wegen angeblichen Widerstandes oder Fluchtversuchs zu erschliessen. Wenn man einen Menschen ermorden will, wird man dies ja nicht gerade in Gegenwart einer großen Zahl von Zeugen tun, selbst wenn es sich bei diesen Zeugen um Häftlinge handelt. Groten wußte ja selbst, daß dauernd Häftlinge entlassen wurden und er mußte ja damit rechnen, daß diese den Vorfall zur Anzeige bringen würden. Nun haben die Zeugen bekundet, daß sie dies aus Rücksicht auf ihre eigene Sicherheit nicht hätten tun können. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Selbstverständlich war es keinem Häftlinge nach der Behandlung, die er im KZ. erfahren hatte, zuzumuten, eine Anzeige mit seinem Namen zu decken. Die Häftlinge hätten aber ohne weiteres die Möglichkeit gehabt, eine anonyme Anzeige zu machen, und sie hätten diese Anzeige ja nicht gerade in ihrem Heimatort zur Post zu geben brauchen. Ferner waren den Häftlingen bekannt, daß die SS im November 1933 durch die Polizei abgelöst wurde. Daß damals außerordentlich schwerwiegende Differenzen bestanden, kann den Häftlingen unmöglich verborgen geblieben sein. Es wäre sehr naheliegend gewesen, diesen Zustand zu benutzen, um eine derartige Anzeige zu machen, die zweifellos damals weiter verfolgt worden wäre. Auch ist ja bekannt, daß ein Verfahren vor Gericht und vor der Staatsanwaltschaft stattgefunden hat.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß die Methode, einen Häftling, den man beseitigen will, in Gegenwart einer Anzahl von Zeugen zu erschießen, zunächst einmal außerst unwahrscheinlich erscheint.

Unter Berücksichtigung der vorerwähnten Darlegungen scheinen die Überlegungen des Gerichts auf Seite 13 des Urteils, daß die Schutzhäftlinge, auch wenn sie entlassen wurden, mündtot gemacht worden wären und Groten ruhig die Tat auch in Gegenwart von Zeugen hätte durchführen können, nicht überzeugend.

V.
Schließlich ist noch auf folgendes rechtliche Bedenken hinzuweisen:

Selbst wenn das Gericht annimmt, daß der Sachverhalt sich so abgespielt hat, wie ihn die Zeugen geschildert haben, d. h. also, daß Eggerstedt, einen Baumstamm tragend, von Groten angeschossen worden ist und sodann ein anderer Täter, vermutlich Eisenhut, einen Pistolenschuß auf Eggerstedt abgegeben hat, hätte mein Mandant nicht wegen vollendeten Mordes verurteilt werden dürfen. Der medizinische Sachverständige Dr. Meuhoff hat erklärt, daß mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit der Pistolenschuß die Todesursache gewesen ist. Ich habe an Herrn Dr. Meuhoff die Frage gestellt, ob der Rumpfdurchschuß ebenfalls tödlich gewesen sein könne. Der Sachverständige konnte diese Frage nicht entscheiden. Nach der ursprünglichen Darlegung des Ein- und Ausschusses hatte er erklärt, daß zwei Möglichkeiten gegeben wären. Entweder habe die Kugel beim Passieren des Leibes das Herz berührt. In diesem Falle könne der Schuß tödlich gewesen sein. Oder aber der Schuß sei tiefer gegangen, dann habe er das Herz nicht berührt. Ob die Verletzung der Lunge oder der

Leber im Endeffekt auch zum Tode geführt haben würde, könnte er nicht beantworten. Nachdem Herr Dr. Zwecker seine Angaben bezüglich der Lage des Schusses berichtigt hatte, erklärte der Sachverständige auf meine ausdrückliche Frage, daß dann die erste vorher erwähnte Möglichkeit, daß der Schuß das Herz berührt habe, ausscheide.

Zusammenfassend ergibt sich also, daß der Schuß des Angeklagten und das ist das Entscheidende auf keinen Fall sofort tödlich gewesen ist. Ob er im weiteren Verlaufe zum Tode geführt haben würde, kann der Sachverständige nicht entscheiden. Nach dem Grundsatz in dubio pro reo hätte mithin das Gericht davon ausgehen müssen, daß dieser Schuß den Tod nicht verursacht haben würde. Ist dies aber der Fall, so könnte mein Mandant wegen vollendeten Mordes nur dann verurteilt werden, wenn einwandfrei nachgewiesen wird, daß eine Verabredung zwischen Eisenhut und Grotten vorlag, einen Mord zu begehen. Es würde insoweit Mittäterschaft vorliegen. Hierfür ist aber nicht das Geringste dargetan. Eine Reihe von Zeugen haben zwar erklärt, sie hätten das Gefühl gehabt, daß ein planmäßiger Mord organisiert werden sollte. Sie haben hierfür auch alle möglichen Indizien angegeben, z.B. daß an dem betreffenden Tage unter der SS. eine auffallende Unruhe geherrscht habe, daß man augenscheinlich gerade Wert darauf legte, daß Egger ^{im ja, insofern abgedatet} ~~insbesondere~~ ^{mit dem Kommando kam u.a.m.} ~~mit dem Kommando kam u.a.m.~~ ^{mit dem Kommando kam u.a.m.} Kein Zeuge hat aber auch nur das Geringste bekundet über irgendwelche Verabredungen zwischen Grotten und dem unentdeckt gebliebenen Täter, der den Pistolenschuß abgefeuert hat. Man muß also infolgedessen wiederum nach dem Grundsatz in dubio pro reo davon ausgehen, daß höchstens eine Nebentäterschaft vorliegt. In diesem Falle kann aber mein Mandant entsprechend § 50 StGB nicht wegen vollendeten Mordes verurteilt werden, sondern nur wegen versuchten Mordes, denn das eine steht zweifellos fest, daß der Tod nicht durch sein Geschoß eingetreten ist, sondern durch den Pistolenschuß.

Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich betonen, dass mein Mandant ausdrücklich widersprochen hat, als ich ihm erklärte, daß ich diese Fragen in der Hauptverhandlung behandeln würde, denn er erklärte stets, daß er Eggerstedt auf der Flucht erschossen habe und jede andere Darstellung unrichtig wäre. Er hat seine Darstellung in der Voruntersuchung und in der Hauptverhandlung niemals geändert; er hat mir lediglich in einer einige Tage nach der Urteilsverkündung gegebenen Niederschrift erklärt, daß derjenige, der im Moor auf Eggerstedt geschossen habe, ein gewisser Engels gewesen sei. Er habe diesen Namen bisher nicht genannt, weil er trotz aller Bemühungen seine Adresse habe nicht feststellen können. In dieser Niederschrift erklärte er mir dann, daß er nach der Erschließung Eggerstedts Bedenken bekommen habe, ob gegen ihn auf der einen Seite nicht etwas geplant gewesen sei. Er jedenfalls habe davon aber nichts gewußt und bleibe bei seiner Darstellung, daß er E. auf der Flucht erschossen habe. Insoweit Mitternacht vorliegen. Hierüber aber nicht das Geringste dargelegt. Eine Reihe von Zeugen haben zwar erklärt, sie hätten das Gefühl gehabt, daß ein planmäßiger Mord begangen worden sollte. Sie haben hierzu auch alle verfügbaren Indizien angegeben, z.B. daß an dem betreffenden Tage unter der 22. eine auffällige Unruhe geherrscht habe, daß der Mord gleichsam als eine Art. darauf letzte, daß der Mord nur das Ergebnis einer längeren Verschwörung zwischen einem oder mehreren Tötungsgeliebten Täter, der dem Verurteilten nachgefolgt sei, gewesen sei. Man muß also infolgedessen wiederum nach dem Grundsatz in § 201 pro reo davon ausgehen, daß höchstens eine Nebenbeteiligung vorliegt. In diesem Falle kann aber mein Mandant entsprechend § 201 nicht wegen vollendeten Mordes verurteilt werden, sondern nur wegen versuchten Mordes, dann das eine steht zweifellos fest, daß der Tod nicht durch sein Geschick eingetreten ist, sondern durch den Pistolenschuß.

Der
bei
9 K

StPO
Dr. D.
dung

dukt.
vom

forster
er Urs
ldenbu

